

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
18.01.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Michael Schirmer
Telefon-Nr.
02202-141356

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
Sitzung am Dienstag, 30.10.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:54 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:55 Uhr - 19:05 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 19.09.2018 - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 19.09.2018 - öffentlicher Teil**
0400/2018
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Sachstandsbericht "Strunde hoch vier"
- 5.2 Sachstandsbericht zu den Bürgeranträgen "Radweg Strundepark" und "Verbesserung der Radwege AMG und JGR"
- 6 Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung
0398/2018
- 7 Erfahrungsbericht Wertstoffhof

Vorlage wird in der Sitzung verteilt
- 8 Förderprojekt „Klimaschutz durch Radverkehr - Rad macht Schule – IGP wird fahrradfreundlich“
0401/2018
- 9 Erstellung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans für den Primarbereich
0335/2018
- 10 InHK Beschluss Parkplatzsituation Schloßstraße
0326/2018
- 11 Anträge der Fraktionen
- 11.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 04.10.2018 (eingegangen am 12.10.2018) zur Herrichtung des Parks an der Villa Zanders
0404/2018
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder
- N Nicht öffentlicher Teil
 - 1 Genehmigung der Niederschrift aus der 28. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 19.09.2018 - nicht öffentlicher Teil
 - 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 19.09.2018 - nicht öffentlicher Teil -
 - 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
 - 4 Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 5 Anträge der Fraktionen

6 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Christian Buchen, eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt fest, dass die Sitzungseinladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Die Sitzungsteilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Teilnehmerverzeichnis.

Er verweist auf eine vor Sitzungsbeginn ausgeteilte Unterlage:

- Nachgereichte Vorlage „Erfahrungsbericht zum Wertstoffhof“, Tagesordnungspunkt Ö7

Als Hinweis zur Tagesordnung teilt er mit, dass die beiden Tagesordnungspunkte Ö2 und N1 nicht behandelt werden können, da die Niederschrift noch nicht abschließend erstellt werden konnte. Die beiden Tagesordnungspunkte wurden daher von der Tagesordnung genommen.

(Das von Herrn Buchen vorgeschlagene Vorhaben im Rahmen der Änderung der Tagesordnung, den Tagesordnungspunkt Ö 10 – InHK Beschluss Parkplatzsituation Schloßstraße – als Tagesordnungspunkt Ö 7 vorzuziehen, konnte wegen technischer Problemen zum Zeitpunkt des Aufrufes nicht erfolgen und verblieb somit an alter Stelle).

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vom 19.09.2018 - öffentlicher Teil

0400/2018

Wortmeldungen erfolgten nicht. Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Buchen teilt mit, dass die Termine für die insgesamt 7 Ausschusssitzungen in 2019 zwischenzeitlich vorliegen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Sachstandsbericht "Strunde hoch vier"

Herr Kremer teilt mit, dass in der weitgehend abgeschlossenen Maßnahme im Bereich der Odenthaler Straße die noch notwendigen Arbeiten am 23.11.2018 nach Mitteilung der Baufirma ebenfalls abgeschlossen werden können. Die Odenthaler

Straße wäre somit zum Beginn des Weihnachtsgeschäftes wieder frei befahrbar. In diesem Zusammenhang könne an drei Tagen vielleicht eingestautes Wasser im Bereich Buchmühle zu sehen sein, da der Anschluss an das Bauwerk am Eingang zur Buchmühle durch Abbruch einiger Mauern in dieser Zeit noch geschaffen werden muss. Die Abrechnung des Projektes für den Haushalt sei in vollem Gange. Es werde auch noch mal versucht, den Förderantrag für den Hochwasserschutz aufzustocken. Dazu seien noch Gespräche mit der Bezirksregierung zu führen, ob ein solcher Antrag Aussicht auf Erfolg haben könne. Das Verhältnis der Stadt mit einzelnen beteiligten Firmen erweise sich als etwas kompliziert. Planungsfehler aus der Vergangenheit hatten Auswirkungen auf die Ausführung. Eine Klärung werde über ein Rechtsanwaltsbüro erfolgen, damit Kostensteigerungen nicht den Haushalt belasten, sondern über Versicherungen aufgefangen werden können. Diese Schwierigkeiten seien der hochkomplexen Maßnahme geschuldet und können bei einem solchen Umfang nicht ausgeschlossen werden.

5.2. Sachstandsbericht zu den Bürgeranträgen "Radweg Strundepark" und "Verbesserung der Radwege AMG und JGR"

Frau Krause teilt mit, dass die Bearbeitung der beiden Anträge noch einmal in die hoffentlich nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr im Dezember geschoben werden müsse, weil die Abteilung zunächst ausschließlich mit dem Förderprojekt Klimaschutz durch Radverkehr, das heute auch auf der Tagesordnung stehe, beschäftigt war.

6. Nachverfolgung aller wesentlichen Beschlüsse analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung
0398/2018

Herr Martmann teilt mit, dass bei der Maßnahme energetische und technische Sanierung Turnhalle Sand (Nr. 16 der Liste) ein Betrag von 180.000 € irrtümlich doppelt aufgenommen wurde und sich dadurch die Gesamtsumme entsprechend vermindert.

Herr Dr. Adler spricht im Gegensatz zu Herrn Buchen nicht von einer grauen Liste, sondern von einer Liste des Grauens, weil ständig Kosten deutlich überschritten werden. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob sich an der schon mehrfach in der Vergangenheit beschriebenen angespannten Personalsituation inzwischen etwas geändert habe.

Herr Kremer hält diese Frage für berechtigt. Im Abwasserwerk habe man einige Stellen neu besetzen können. Es habe sich aber das Phänomen gezeigt, dass die Stadt keine erfahrenen Mitarbeiter mehr rekrutieren könne, weil dies der Arbeitsmarkt nicht mehr hergebe und die freie Wirtschaft besser bezahle. Weiterhin macht er auf Begrifflichkeiten aufmerksam, die unterschiedlich definiert werden und ggf. zu Kommunikationsproblemen führen können, wie soeben durch den Begriff „Liste des Grauens“ geschehen. Er erläutert nochmals die Kostengenauigkeit im Kontext des Planungsstandes. Am Anfang der Planung können die Kosten nur sehr grob geschätzt werden. Je weiter die Zeitschiene der Planung und Ausführung fortgeschritten sei, desto genauere Zahlen können mitgeteilt werden.

Herr Martmann meint, die vorliegende Liste sei insbesondere für die interessierte Bürgerschaft zum Verständnis einer Maßnahme ein sehr hilfreiches Mittel. Auch teilt er mit, dass der Bereich Hochbau inzwischen bis auf 3 Stellen vollständig besetzt sei, stattdessen aber Preissteigerungen von bis zu 10 % pro Jahr zu verzeichnen seien. Daraus resultiert gerade bei älteren Maßnahmen, dass die veranschlagten Kosten nicht eingehalten werden können.

Herr Komenda fragt nach, was aus seiner Bitte, durch die Liste mitzuteilen, in welcher Planungsphase man sich augenblicklich befindet, geworden ist. Außerdem regt er an, die aktuellen Planungsphasen möglichst in die Liste einzutragen sowie das Diagramm über die Kostengenauigkeit in den einzelnen Phasen der Liste als Anhang generell beizufügen.

Für Herrn Krell ist die Liste sehr bedenkenswert. Die teilweise sehr hohen Abweichungen dürften nicht zur Gänze mit Preissteigerungen zu erklären sein. Er bittet nochmals dringend, das zweistufige Beschlussverfahren einzuhalten und zu verfeinern, damit die Beschlussfassung auf belastbaren Zahlen beruhen könne.

Herr Martmann erwidert, dass das zweistufige Verfahren inzwischen konsequent angewendet werde. Großprojekte in der Sanierung, bei der am Anfang im Gegensatz zu Neubauten Ersparnisse erzielt werden, böten aber immer wieder Überraschungen, was Unvorhergesehenes angeht. Dies sei auch bei der bevorstehenden Maßnahme Sanierung Nicolaus-Cusanus-Gymnasium zu erwarten.

Herr Henkel bittet darum, in der nächsten Sitzung eine Aufstellung zu erhalten, welche investiven Maßnahmen im Abwasserwerk und Immobilienbetrieb für 2019 anstehen, damit sich die Politik schon im Vorfeld damit befassen könne.

Herr Martmann zweifelt, ob angesichts der bevorstehenden Haushaltsplanberatungen die nächste Sitzung schon die richtige dafür sei. Ungeachtet dessen könne ein Ausblick über größere Projekte gegeben werden.

Herr Henkel konkretisiert seine Bitte, dass die Projekte quartalscharf dargestellt werden sollen.

Herr Martmann antwortet, dass man den Ausblick natürlich auch quartalsweise geben könne. Ob damit aber der Transparenz gedient werden könne, bezweifelt er, weil zeitliche Verschiebungen aus den unterschiedlichsten Gründen immer wieder möglich seien.

7. Erfahrungsbericht Wertstoffhof

Herr Buchen verweist auf die Tischvorlage und bietet den Anwesenden eine kurze Lesepause.

Herr Krell möchte der Verwaltung ein großes Lob aussprechen. Seine erhaltenen Rückmeldungen seien durchweg positiv. Begriffe wie hochprofessionelle Organisation, einwandfreies Funktionieren und Kundenfreundlichkeit waren an der Tagesordnung. Der Errichtung waren in den vergangenen Jahren teilweise sehr kontroverse Diskussionen vorausgegangen, die damals geäußerten Befürchtungen haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet, wofür er seinen Dank ausspricht.

Dem schließt sich Herr Komenda an und weist darauf hin, dass sowohl bei der Zeit- als auch die Kostenplanung eine Punktlandung hingelegt wurde. In den damaligen Diskussionen kam u. a. auch zur Sprache, was finanziell eingesetzt und welcher Beitrag erzielt werden solle. In der Vorlage vermisste er eine entsprechende Aussage.

Herr Carl antwortet, dass seinerzeit mitgeteilt wurde, dass ca. 20 % der investiven Kosten durch direkte Einnahmen refinanziert und ca. 80 % durch die Restmüllgebühr bezuschusst werde. Es habe sich jedoch herausgestellt, dass ca. ein Drittel direkte Kostendeckung erzielt werden konnte und diese in der Zukunft noch ein wenig ansteigen könnte.

Herr Hermann-Josef Wagner erinnert an die geführten Diskussionen, in den eine

Verschandelung des Ortsteils und ein ganztägiges Verkehrschaos befürchtet worden waren. Nichts davon sei aber eingetreten. An den Zahlen zur Auslastung lässt sich feststellen, dass gut über den Tag verteilt angeliefert werde, vorrangig aber in den Vormittagsstunden. Er stellt daher den Antrag, zu beschließen, den Wertstoffhof eine Stunde früher zu öffnen und entsprechend eine Stunde früher auch wieder zu schließen. Weil am Nachmittag wohl nicht mehr so viel Personal benötigt werde, könnte ein Mitarbeiter der chronisch unterbesetzten Stadtreinigung zugeschlagen werden. Er lässt dabei das Argument nicht gelten, durch die frühere Öffnungszeit könnten umliegende Bürger gestört werden. Bei beispielweise den noch stärker emittierenden Supermärkten sei dies ja auch kein Problem.

Herr Zalfen könne inhaltlich diesem Antrag folgen. Er schränkt aber ein wenig ein, dass es seinerzeit Abstimmungsgespräche mit der FHDW und dem b.i.b. gegeben habe soll, die bisher geltenden Öffnungszeiten einzurichten. Er fände es einen schlechten Stil, nunmehr davon abzurücken. Man müsse zumindest vorher mit den beiden Bildungseinrichtungen Gespräche aufnehmen. Wenn von dort keine Einwände kommen, könne er dem Antrag zustimmen.

Herr Carl bestätigt, dass es vor der Beschlussfassung über die Einrichtung des Wertstoffhofes tatsächlich Gespräche mit der FHDW über die Öffnungszeiten geführt wurden, um insbesondere Kollisionen zwischen Anlieferverkehr und Besuchern der FHDW zu vermeiden. Die dortigen Seminare beginnen in der Regel um 09:00 Uhr. Abgestimmt wurde, dass zunächst nur die Stadtreinigung um 08:00 Uhr ihren Dienst beginnen zu lassen und den Wertstoffhof dann erst um 09:00 Uhr zu öffnen. Diese Regelung war aber keine Vereinbarung im engeren Sinne. Festzustellen sei indes, dass schon weit vor 09:00 Uhr die ersten Anlieferer in der Zufahrt und teilweise auch im öffentlichen Verkehrsraum stehen. Aber auch dieser Umstand habe dort zu keinem Verkehrschaos geführt. Eine vorgezogene Öffnungszeit dürfte daher keinen negativen Effekt allgemein auf den Verkehrsfluss und im Speziellen für Seminarteilnehmer entstehen lassen. Die Änderung hätte zur Folge, dass morgens insgesamt 6 Stunden pro Woche mehr zu leisten wäre, abends aber nur 3 Stunden pro Woche weniger. Dennoch sei eine Überkapazität an Mitarbeitern an den Nachmittagen gegeben. Unter anderem könnte dieser Überhang nicht nur durch Freizeitausgleich, sondern auch durch Teilzusetzung z. B. zur Innenstadtreinigung kompensiert werden. Dadurch könnte dafür eine aus 2 Mitarbeitern bestehende Kleinkolonne gebildet werden. Zu beachten wäre aber auch, dass bei der Bezirksregierung hinsichtlich der Vorverlegung der Öffnungszeiten ein neuer Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz gestellt werden müsse. Dies halte er allerdings für unproblematisch, sei aber ein notwendiges formelles Verfahren. Eine Umsetzung wäre demnach ab dem 2. Quartal 2019 denkbar. Über den Abfuhrkalender könnte darauf schon mal hingewiesen werden.

Auch Herr Außendorf möchte sich den positiven Anmerkungen anschließen. Seinerzeit wurde seiner Fraktion der Vorwurf gemacht, eine Zentralisierung zu Lasten von Gronau anzustreben. Er sei daher froh, dass seine Fraktion damals am Wertstoffhof an dieser Stelle festgehalten habe, zumal sich die Befürchtungen mittlerweile in Luft aufgelöst hätten. Der beantragten Änderung der Zeiten könne er im Prinzip ebenfalls zustimmen, habe aber auch wie Herr Zalfen Bedenken, ohne Einbindung der FHDW zu handeln. Deshalb regt er an, vor einer diesbezüglichen Beschlussfassung als Geste des guten Willens Gespräche aufzunehmen und solange den Antrag zurückzustellen oder jetzt zurückzuziehen.

Nach Auffassung von Herrn Jungbluth sei deutlich zu erkennen, dass insbesondere die letzte Stunde unwirtschaftlich betrieben werde. Er denke aber, dass ein Vorziehen der Öffnungszeit auf 08:00 Uhr dieser Zeitpunkt gerade im Berufsverkehr liege und zu verschärften Verkehrsproblemen führen könnte, weil nicht ausgeschlossen werden könne, dass Anlieferer auch schon vor 08:00 Uhr behindernd im Verkehrsraum stehen. Er regt daher an, morgens die Öffnungszeiten beizubehalten und

abends vorzuverlegen.

An Herrn Außendorf gerichtet meint Herr Komenda, dass durch den Antrag, zunächst mit der FHDW zu reden, so wie Herr Zalfen dies schon zum Ausdruck gebracht habe, die Verwaltung schon mal den Auftrag habe, loszulegen, wenn dieser Beschluss so gefasst werde. Der ganze Vorlauf habe doch schon gezeigt, dass bereits ein enger Kontakt mit der FHDW und anderen Beteiligten bestehe.

Herr Höring bezweifelt, dass der Besuch in den Vormittagsstunden nur Ziel- und Quellverkehr sei. Es dürften auch vielfach Kunden sein, die sich auf der Durchreise zur Arbeit u. ä. befinden. Zusätzlicher Verkehr dürfte also auch bei einer Öffnung um 08:00 Uhr nicht nennenswert auftreten.

Herr Hermann-Josef Wagner möchte im Hinblick auf Äußerungen diverser Vorredner seinen Antrag vorbehaltlich einer Abstimmung mit der FHDW umformulieren.

Herr Jungbluth meint, dass Kunden, die sich morgens auf dem Weg zur Arbeit befinden, die Entsorgung ihres Abfalls auch nachmittags auf dem Rückweg erledigen könnten. Es wäre fahrlässig, durch die frühere Öffnung mutwillig bereits bestehende Verkehrsstörungen noch zu verstärken. Er werde sich daher dieser Passage im Änderungsantrag nicht anschließen.

Für seine Fraktion werde Herr Dr. Adler sich dem zweistufigen Antrag, nämlich Abstimmung mit der FHDW und Beantragung einer neuen Genehmigung anschließen. Er frage die Verwaltung, ob eine Vergrößerung des auf dem Grundstück befindlichen Warteraums möglich wäre, um Verkehrsbehinderungen zu vermindern.

Herr Carl antwortet, dass für eine Vergrößerung des Warteraums leider keinerlei Platz vorhanden sei.

Der geäußerte zweistufige Änderungsantrag

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit der FHDW Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, den Wertstoffhof eine Stunde früher öffnen zu können.**
2. **Nach erfolgter positiver Abstimmung wird die Verwaltung beauftragt, die erforderliche Änderung der Genehmigung bei der Bezirksregierung zu beantragen.**

wird mehrheitlich bei einer Nein-Stimme der Fraktion mitterechts sowie einer Enthaltung seitens der FDP-Fraktion angenommen.

8. **Förderprojekt „Klimaschutz durch Radverkehr - Rad macht Schule – IGP wird fahrradfreundlich“**
0401/2018

Herr Euler stellt das Projekt anhand einer Beamer-Präsentation vor. Insofern wird auf die dieser Niederschrift beigefügten 16-seitigen Anlage sowie dem Text der Vorlage verwiesen und somit hier keine gesonderte Zusammenfassung des mündlichen Vortrags getätigt. Hervorzuheben sei aber der Umstand, dass es sich hier um ein Modellprojekt handele, welches bei einer positiven Bewertung des Fördermittelgebers auch auf andere Schulen angewandt werden könne, wenn sich die Gesamtinvestitionssumme pro Schule auf mehr als 200 T€ beläuft. Für dieses Projekt ist ein Beginn im 2. oder 3. Quartal 2019 vorgesehen, die Maßnahmen sind innerhalb von 3 Jahren umzusetzen.

Herr Zalfen ist überaus fasziniert von diesem Projekt, insbesondere, weil die Schüler,

die den Vorteil der Maßnahme genießen werden, das Projekt selbst angestoßen und mitentwickelt hätten. Großen Dank richtet er auch an die beteiligten Fahrradverbände. Er bittet darum, sofern Straßen oder Wege aus anderen Gründen angefasst werden und in ein entsprechendes Liniennetz umliegend zu den Schulen passen, um Berücksichtigung der Erkenntnisse aus diesem Projekt. Dieses wie auch andere derartige Projekte seien sehr gut geeignet, um gerade junge Menschen zum Radfahren zu animieren. Die Verwaltung möge dazu auf die jeweiligen Schulleitungen zugehen, um für entsprechende Projekte zu werben.

Auch Herr Henkel bedankt sich für den Vortrag und fragt nach Möglichkeiten, in 30er-Zonen den fahrenden und auch stehenden Verkehr so zu regeln, dass Radfahren in diesen Straßen gefahrlos möglich ist. Seiner Meinung nach könnte dies durch Fahrradschutzstreifen erfolgen, diese seien in 30er-Zonen aber rechtlich nicht erlaubt. Er fragt daher nach Alternativlösungen.

Herr Euler antwortet, dass man mit der Ordnungsbehörde und der Polizei in engem Kontakt stehe. Eine Möglichkeit zur Aufmerksamkeitssteigerung des MIV (motorisierter Individualverkehr) könnte ein neu entwickeltes Piktogramm sein. Aber auch alternierend angebrachte markierte Parktaschen zur Aufrechterhaltung der Sichtbeziehungen seien denkbar.

Für Herrn Außendorf handelt es sich vorliegend um ein sehr gelungenes Projekt. Dass Herr Zalfen dieses Projekt ebenfalls begrüßt, sei für ihn ein wenig verwunderlich, habe doch die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom letzten Jahr, zusammen mit den Schulen ein ähnliches Konzept zu entwickeln, abgelehnt. Er fragt nach dem Sachstand zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zwischen der Straße Pannenberg und der Alten Wipperfürther Straße einen Radweg anzulegen. Des Weiteren möchte er wissen, ob die auch schon behandelte und abgelehnte Abstellmöglichkeit im Keller der IGP in diesem Zusammenhang noch mal geprüft wurde. Dieser Raum hätte den Vorteil, dass Räder sicher und trocken abgestellt werden können.

Nach Auffassung von Herrn Martmann sei eine Abstellmöglichkeit in einem Keller allgemein nicht sonderlich beliebt. Genutzt wurde dieser Raum als Fahrradkeller von Anfang an nicht. Für diesen Raum bestehe überdies ein Mietvertrag mit einem Billardverein. Die Planung von StadtGrün sieht ein mehr als ausreichendes Angebot an oberirdischen Fahrradabstellmöglichkeiten vor. Alle Beteiligten seien damit sehr zufrieden. Er nimmt an, dass auch weitere Schulen großes Interesse hätten, in ein solches Projekt eingebunden zu werden. Die Förderquote von 90 % sei geradezu eine Aufforderung an die Verwaltung, das Angebot anzunehmen, weil nicht nur die Schulen selbst, sondern auch die Schulwege verbessert werden könnten.

Herr Schundau regt an, als weitere Sicherheitseinrichtung Fahrradstraßen an nicht stark frequentierten Straßen anzulegen. Das hätte den Vorteil, dass Radfahrer, insbesondere jüngere Menschen, dort generell Vorfahrt genießen.

Herr Dr. Adler gibt Herrn Außendorf insofern Recht, dass ein auch von seiner Fraktion unterstützter Antrag vor ca. einem Jahr in ähnlicher Angelegenheit noch nicht so weit war, dass er beschlossen werden konnte. Dies habe sich offenkundig zwischenzeitlich geändert. Er bedankt sich bei Herrn Euler und drückt ihm die Daumen, dass auch der zweite Projektschritt erfolgreich verlaufen möge.

Herr Buchen resümiert, dass die Angelegenheit auf der Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr stehen und es ein weiteres Update über den dann gestellten Antrag geben werde.

9. **Erstellung des Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplans für den Primarbereich**
0335/2018

Herr Buchen weist eingangs darauf hin, dass es sich lediglich um eine Mitteilung für den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr handle, da der Punkt bereits in zwei anderen Ausschüssen beraten wurde. Mit im Boot sei man daher, weil auch Schulen als Infrastrukturbestandteil angesprochen werden.

Herr Komenda erinnert daran, dass bei der letzten Vorlage eines Schulentwicklungsplanes für den Primarbereich u. a. festgestellt wurde, dass an vielen Schulen Klassen fehlen würden. Seinerzeit wurde darauf verwiesen, dass dafür die finanzielle Ausstattung fehle. Nunmehr müsse Geld in die Hand genommen werden, ansonsten wäre der Entwicklungsplan das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. Daher war es wichtig, dass das Thema auch diesem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wurde.

Herr Martmann erläutert, dass der Plan sehr wahrscheinlich bauliche Maßnahmen mit sich bringen werde, die dann auch finanziert werden müssen. Wenn es gelinge, aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszukommen, stünden dafür auch wieder Finanzmittel zur Verfügung. Nach der Beratung im Schulausschuss Mitte nächsten Jahres werde, soweit erforderlich, der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr von baulichen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt und darüber diskutiert.

Herr Dr. Adler fragt, wann und wie für die Dialogforen eingeladen werde und ob eine ausdrückliche Anmeldung erforderlich sei.

Herr Martmann antwortet, dass betroffene Eltern und Schulleitungen schriftlich eingeladen werden. Auch Lehrer und die Verwaltung sowie Vertreter der offenen Ganztageschulen werden zugegen sein. Alle Informationen werden aufgenommen, untermauert durch vielfältige statistischen Auswertungen. So entsteht hoffentlich ein Gesamtwerk mit Handlungsanweisungen. Es werden verlässliche Aussagen darüber benötigt, wo bauliche Maßnahmen notwendig werden. Im Blick zu behalten sei dabei die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur und ortsteilbezogen. Gerade den jüngsten und schutzwürdigsten Schülern sollen möglichst kurze Wege zur Schule zur Verfügung stehen. Die Eruiierung vielfältiger Variablen werde voraussichtlich Mitte 2019 abgeschlossen sein, anschließend könne über die Ergebnisse diskutiert werden.

Auf die Aussage von Herrn Dr. Adler, selbst eigene Fraktionsvertreter in die Dialogforen zu entsenden, betont Herr Martmann, dass die Foren nicht für parteipolitische Zwecke zur Verfügung stehen sollen. Er werde sich aber nochmals bei den entsprechenden Stellen kundig machen.

10. **InHK Beschluss Parkplatzsituation Schloßstraße**
0326/2018

Herr Honecker stellt die augenblicklich vorliegende Planung mittels eines Vortrages mit Bildunterstützung vor (die Präsentation ist dieser Niederschrift ebenfalls beigelegt). Als dort nicht aufgenommener Kernsatz bleibt festzuhalten, dass vorgesehen ist, bis zur Eröffnung der Schlossgalerie Mitte des nächsten Jahres die Treppenanlage zeitnah zu errichten.

Herr Komenda spricht ein großes Lob an die Verwaltung aus, weil sie einen immens großen Zuschuss für diese Maßnahme generieren konnte. Angesichts dreier kostspieliger Maßnahmen, die heute im Ausschuss behandelt wurden, fehle es aber an positiver Darstellung in der Presse. Inhaltlich sei er froh, dass hier ein Entwurf vorgelegt werde, der wirklich Begegnung im Fokus habe. Die CDU- und SPD-Fraktionen stellen daher folgenden, in den Arbeitskreisen bereits besprochenen Ergänzungsantrag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr beschließt unter Würdigung der Vorberatungen des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses, den Grundgedanken des Wettbewerbssiegers folgend in der weiteren Planung den Kernbereich zwischen Emilienbrunnen und Ein-/Ausfahrt der privaten Tiefgarage Parkplätze in Längsaufstellung zu Grunde zu legen.

Für die beiden anderen Bereiche ist die Anordnung der Parkplätze nochmals zu überdenken, insbesondere der westliche Bereich hinsichtlich der Topographie. Er weist darauf hin, dass der Planer noch keinen Vertrag habe, also bis dato ohne Honorar geplant habe. Er bittet als Fazit der bislang geführten Diskussionen, die Detailplanung auf eine breitere Basis aller Akteure zu stellen. Er regt daher an, einen Beirat Schloßstraße zu installieren. Dieser solle sich aus Fraktionsvertretern der beiden beteiligten Ausschüsse, Vertretern der Verwaltung und des Planungsbüros, der Interessengemeinschaften und Bürgerinitiativen als ständige Berater zusammengesetzt werden. Welche einzelnen Vertreter entsandt werden, solle der Verwaltung überlassen bleiben. Der Beirat werde keine Beschlüsse fassen, solle aber in jeder Sitzung sowohl des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr berichten. Die Zusammensetzung des Beirates solle die Akzeptanz der Meinungen erhöhen, um in eine schnellere und detailgenauere Planung zu kommen.

Herr Dr. Adler favorisiert ausdrücklich die Planung des Wettbewerbssiegers, die sich für Bensberg als die beste herausgestellt habe. Möglicherweise seien die ausgewiesenen 65 Parkplätze aber immer noch zu viel. Um die Innenstadtbereich Bensberg letzten Endes attraktiver zu gestalten, bedarf es einer Begegnungsfläche, die variabel, aber auch zukunftsfest ist. Der Meinung, dass die 65 Parkplätze Anlieferverkehr verhindern, könne er sich jedoch nicht anschließen, da hinter den Geschäften schon Parkplätze bestehen, die dafür genutzt werden sollten. Die in vielen anderen Städten stattfindende ökologische Diskussion lässt auch für Bensberg erwarten, dass Parkplatzsuchende als auch der Durchgangsverkehr von der Emission her viele davon abhalten dürften, den Innenbereich Bensbergs zu besuchen und verweilen. Er unterstütze auch andere Verkehrsmittel, beispielsweise E-Bikes, für die Ladestationen vorgehalten werden sollen. Angesichts von ca. 640 in der Nähe der Fußgängerzone angebotenen Parkplätzen müsse man Besuchern zumuten können, diese auch zu nutzen. Behinderte Menschen hätten es in ihrer Bewegung sicherlich einfacher, wenn die Fußgängerzone nicht vollgeparkt werde. Er bittet, die von ihm bezeichneten Vorteile der Wettbewerbsvariante bei der Entscheidung auch in Erwägung zu ziehen.

Auch Frau Bilo hält den Entwurf für gelungen. Sie warnt eindringlich davor, diesen durch die Parkplatzdebatte kaputtzureden. Sie ist überzeugt, dass sich die Akzeptanz nicht nur über das Parkplatzangebot definiert, sondern dass sich alle Besucher in diesem Raum durch geeignete Aufteilungselemente wohlfühlen können. Sie wirbt dafür, dass man den Entwurf sich weiterentwickeln lässt.

Frau Gerhardus schließt sich den Ausführungen ihrer beiden Vorredner an. Der vorliegende Entwurf sei ja nicht ohne Grund Sieger geworden. Die Grundstruktur solle daher weiterhin im Blick gehalten und nicht durch die Anzahl der Parkplätze konterkariert werden. Etwas irritiert sei sie über den Wunsch nach einer nichtöffentlich tagenden Kommission. Sie befürchtet, dass nicht alle Fraktionen dort vertreten sein

werden und wünscht daher eine schriftliche Aussage über die Zusammensetzung. Wichtig sei darüber hinaus, dass das Projekt nun zügig in Gang und ein Vertrag mit dem Planer zustande kommt. Sie fragt, warum letzteres noch nicht erfolgt ist und ob es am heutigen Beschluss liege. Angesichts dessen, dass der Planer bereits zwei Entwürfe vorgelegt habe, halte sie es für entbehrlich, die Planung erneut zur Überarbeitung zurückzugeben.

Herr Honecker antwortet, dass das vorangegangene Verfahren und damit auch das abzuschließende Vertragswerk extrem komplex und zeitaufwändig seien. Trotzdem habe der Planer nicht für umsonst gearbeitet, sondern für bestimmte Leistungen im Vorgriff auch schon entlohnt worden. Das eigentliche Vertragswerk stehe unmittelbar vor der Unterzeichnung.

Für das bei Frau Gerhardus entstandene Missverständnis möchte sich Herr Komen-da entschuldigen und teilt mit, dass natürlich alle Fraktionen im Beirat vertreten sein werden. Dass überhaupt ein Beirat eingesetzt werden soll, rühre aus den Erfahrungen der letzten Monate insbesondere bei den Diskussionen her, bei denen man sich oftmals fragen musste, warum sich die Beteiligten nicht an einen Tisch gesetzt haben. In dem interfraktionellen Gremium werden nicht nur Parkplätze, sondern auch alle anderen Gestaltungselemente zur Sprache kommen. Der Bedeutung des Projekts werde durch einen Beirat besser Rechnung getragen, als dies bei der Behandlung dieses Punktes in Ausschusssitzungen unter vielen anderen Tagesordnungspunkten geschehen würde.

Laut Herrn Höring solle der Wettbewerbsentwurf im Kernbereich wie vorliegend so beschlossen werden, um allen, die dort arbeiten, wohnen und einkaufen, eine Verbesserung bieten zu können. Gleichwohl habe die Preisjury seinerzeit der Politik aufgegeben, sich nochmals mit der Verkehrssituation auseinander zu setzen. Genau das sei passiert. Die vom Planer darauf hin vorgelegten Varianten außerhalb des Kernbereiches konnten bislang noch nicht gänzlich überzeugen. Es dürfe hier kein Beschluss gefasst werden, mit dem in Zukunft keiner, insbesondere auf Seiten der Händlerschaft zufrieden sei. Daher seien Gespräche mit Vertretern auch außerhalb der Politik und Verwaltung so wichtig. Hinsichtlich der Öffnung der Marktgalerie stehe man mit der zeitnahen Errichtung der Treppenanlage aber etwas unter Zeitdruck.

Die Fraktion von Herrn Außendorf habe seinerzeit sehr bedauert, dass die Fußgängerzone für Kraftfahrzeuge geöffnet wurde. Er würde sich wünschen, dass die Schloßstraße wieder zu einer Begegnungsstraße mit möglichst viel Bewegungsfreiheit für Fußgänger und Radfahrer wird. Leider seien hierfür Mehrheiten im Ausschuss nicht zu gewinnen. Er stellt den Änderungsantrag, den ursprünglichen Siegerentwurf weiter zu verfolgen und von einer Erhöhung der angebotenen Parkplätze, egal in welcher Anordnung abzusehen. Es gehe ihm darum, die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, um möglichst viele Menschen in die Einkaufsstraße zu bekommen.

Herr Krell teilt mit, dass er sich dem gemeinsamen Ergänzungsantrag der CDU- und SPD-Fraktion anschließen werde. Wichtig sei auch ihm besonders, dass ein öffentlicher Bereich geschaffen werde, der einen hohen Erlebnis- und Aufenthaltsqualität habe. Dies sei der einzige Weg, um die Vitalität von Innenstadtbereichen in Zukunft nachhaltig darstellen zu können, insbesondere für den stationären Einzelhandel, der immer mehr unter dem Druck des Internethandels stehe. Viele Beispiele im In- und Ausland zeigen, dass dies dadurch gelingen könne. Er regt zunächst an, dass die Verwaltung im Umfeld der Schloßstraße eruiere solle, ob dort zusätzliche 30 – 40 öffentliche Parkplätze zur Verfügung gestellt oder aber aus dem vorhandenen Parkraum generiert werden können. Des Weiteren solle ein modernes Parkleitsystem installiert werden, damit der Parksuchverkehr minimiert werden könne.

Herr Schundau verweist auf die vorliegende und von ihm voll getragene Verwaltungsvorlage, in der unter anderem die 5 Merkmale aufgezählt werden, die eine Ein-

kaufsstraße hinsichtlich ihrer Aufenthaltsqualität erfüllen sollte (Wohlfühlen, Kommunizieren, Spielen, Verweilen und Einkaufen). Diese Aufzählung bedeute aber auch, dass man bestimmten Ansprüchen nicht gerecht werden könne. Auch er plädiert dafür, dass der Ursprungsgedanke durch die Parkplatzdiskussion nicht verwässert werden dürfe.

Herr Keimer fragt nach den im Plan eingetragenen Parkplatzangeboten, die teilweise sehr weit weg von der Schloßstraße liegen und insbesondere von älteren Menschen wohl nicht frequentiert werden dürften. Er weiß von einigen privaten Parkflächen (Steinstraße) und möchte wissen, ob diese Flächen Potenzialflächen seien.

Herr Honecker antwortet, dass in diesen Plan sämtliche öffentlich zugänglichen in der näheren Umgebung zur Schloßstraße liegenden Parkmöglichkeiten eingezeichnet wurden, was aber nicht automatisch bedeute, dass jede Fläche für jeden Nutzer auch gleich attraktiv sei. Die angesprochenen Flächen an der Steinstraße seien tatsächlich Parkpotenziale, auf denen von den Eigentümern, unter Einschaltung eines Sachkundigen weitgehend selbst initiiert, Parkpaletten als ein Bestandteil des integrierten Handlungskonzeptes errichtet werden sollen. Dazu müssten allerdings die jeweiligen Eigentümer unter einen Hut gebracht werden. Herr Flügge habe zu diesem Zweck bereits den Kontakt mit den Eigentümern gesucht. Die Gespräche können von der Stadt aus jedoch nur moderierend erfolgen.

An die Adresse von Herrn Außendorf gerichtet teilt Frau Bilo mit, dass die Wichtigkeit von Parkplätzen in der Schloßstraße für die Händler auch von ihr so gesehen werde. Wenn die Ausweisung von mehr als 65 Parkplätzen schadlos für den Ursprungsgedanken der „Straße der vielen Begegnung“ geschehen könne, hätte sie nichts dagegen einzuwenden. Man dürfe sich nur nicht auf eine bestimmte Anzahl von Parkplätzen festlegen.

Frau Bähler-Sarembe weist darauf hin, dass die Schloßstraße in ihren Augen eine Begegnungsstätte für Menschen und nicht für Fahrzeuge werden solle. Wichtig sei es für sie, dass der Planer seine Planung zeitnah fortführen könne – immer neue Prüfungsaufträge seien dabei nicht zielführend. Über die weiterentwickelte Planung unter Hinzuziehung des noch zu gründenden Lenkungsbeirates könne dann letztendlich entschieden werden.

Auch Herr Schundau merkt nochmals an, dass die seiner Meinung nach sinnvolle Einsetzung eines Beirates nicht zu einer zeitlichen Verzögerung, gerade in Hinblick auf die Freitreppe, führen dürfe.

Herr Honecker resümiert, dass ein durch alle Reihen gehendes Wollen zu spüren sei, hier Qualität zu schaffen. Zu bedenken sei aber auch, wie der Fördermittelgeber, die Bezirksregierung, die entwickelte und naturgemäß tiefergehende Entwurfsplanung letztlich annehme und honoriere. Zum Thema Beirat, der in ganz ähnlicher Zusammensetzung bereits zum Thema „Rund um die Schloßstraße“ zusammenkam, sei festzustellen, dass auch schon in der Vergangenheit sämtliche Beteiligten in die Planung sehr intensiv eingebunden waren. Über die tatsächliche Zusammensetzung des Beirates wie auch über den zeitlichen Turnus der Tagungen müsse aber noch nachgedacht werden.

Frau Bähler beantragt wegen bestehenden Beratungsbedarfs eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Nach dieser Unterbrechung fasst Herr Buchen zusammen, welche Beschlussgrundlagen/Anträge nunmehr vorliegen (Beschlussempfehlung des Planungsausschusses, Ergänzungsantrag der CDU- und SPD-Fraktion sowie Änderungsantrag aus Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Er lässt zunächst über den gemeinsamen und weitergehenden Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD, der sich in drei

Beschluss-Unterpunkte aufteilt und auf Antrag von Herrn Außendorf getrennt abgestimmt werden soll, abstimmen.

Herr Krell interpretiert den gemeinsamen Antrag so, dass es einerseits zu keiner zeitlichen Verzögerung kommen und andererseits die Integrität des Planers nicht kompromittiert werden dürfe.

Frau Bähler-Sarembe ist mit dem von Herrn Buchen vorgeschlagenen Vorgehen noch nicht ganz einverstanden. Sie befürchtet, dass aus den im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss festgeschriebenen 95 Stellplätzen durch den Prüfauftrag erheblich mehr werden können. Sie möchte daher, dass die Planung nach Überprüfung dem Ausschuss nochmals zur Entscheidung vorgelegt werde.

Herr Buchen meint, dass es nicht möglich ist, die überprüfte Planung im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr nochmals beschließen, gleichzeitig aber keine Verzögerung zu haben.

Herr Dr. Adler bemerkt, dass die Variante mit 65 oder weniger Parkplätzen nun nicht mehr auftaucht.

Herr Buchen erwidert, dass diese Passage im Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN enthalten sei, über den erst dann, wenn der gemeinsame Antrag keine Mehrheit finden sollte, abgestimmt werde.

Herr Höring äußert, dass dieser Ausschuss auf jeden Fall nochmals die Schloßstraße auf der Tagesordnung haben werde, da heute kein Maßnahmenbeschluss gefasst werde. Er denke, dass der weitere Verlauf der Diskussionen noch schwierig werden wird.

Dem Beschlussvorschlag

1. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr beschließt unter Würdigung der Vorberatung im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, dem Grundgedanken des Wettbewerbssiegers folgend in der weiteren Planung des Kernbereiches zwischen Emilienbrunnen und Ein-/Ausfahrt der privaten Tiefgarage Parkplätze in Längsaufstellung zu Grunde zu legen.

wird einstimmig gefolgt.

Der Beschlussvorschlag

2. Für die beiden anderen Bereiche wird der Architekt gebeten, die Konzepte noch einmal hinsichtlich der Parkieranlagen zu prüfen und ggf. zu überarbeiten.

wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, mitterechts und 4 Stimmen der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL sowie einer Enthaltung der SPD-Fraktion beschlossen.

Dem Beschlussvorschlag

3. Es wird ein interfraktioneller Arbeitskreis zur kommunikativen Begleitung des Bauvorhabens Schloßstraße gegründet.

einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion mittrechts gefolgt.

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 04.10.2018 (eingegangen am 12.10.2018) zur Herrichtung des Parks an der Villa Zanders 0404/2018

Herr Hermann-Josef Wagner begründet den Antrag und teilt dabei mit, dass die Zustände an der Villa Zanders schon seit längerem auch hier im Ausschuss thematisiert wurden. Vielfach werde der Park für andere, auch kriminelle Handlungen quasi zweckentfremdet.

Herr Henkel ergänzt, dass der Bewuchs auf dem Gelände eine Einsehbarkeit, gerade auch in der dunklen Jahreszeit verhindere. Dadurch entstünden dort Angsträume. Der Antrag zielen aber auch darauf ab, die schöne Villa Zanders durch ein Beleuchtungskonzept optisch herauszustellen. Die Mauer grenze die Villa Zanders zu sehr vom Konrad-Adenauer-Platz ab. Vielmehr solle die Villa Zanders wieder in den Platz integriert werden. Ein kompletter Abriss der Mauer sei aber nicht erforderlich.

Auch Frau Gerhardus verweist auf die Schönheit der Villa Zanders und des sie umgebenden Parks und könne dem Vorschlag, dieses Ensemble besser auszuleuchten, durchaus folgen. Was nicht notwendig sei, ist in Zeiten drastischer Abnahme von Kriminalität Angsträume herbeizureden. Das angesprochene Dealen und Konsumieren von Rauschmitteln findet in stärkerem Maße am Busbahnhof statt. Vielmehr solle die bislang betonlastige Gestaltung des Parks mit mehr Grün aufgelockert werden, anstatt das Grün noch zu beschneiden. Auch das Entfernen der hüfthohen Mauer hält sie nicht für sinnvoll.

Herr Dr. Adler könne sich dem Antrag vollumfänglich anschließen, möchte aber auch seine Beobachtung mitteilen, dass der Park zunehmend als Urinal genutzt werde. Als Problemlösung bietet er die Wiedereröffnung der öffentlichen Toilette neben dem Rathaus an. Auch der Vorschlag, den Sicherheitsdienst dort immer wieder mal vorbeizuschicken, könnte dem entgegenwirken.

Den Aussagen von Herrn Dr. Adler folgend habe Herr Zalfen auch im Hellen ein mulmiges Gefühl gehabt, durch den Park zu gehen. Das Vorhaben, die Villa Zanders freier zu stellen, wurde schon im Rahmen der Diskussionen zur Regionale 2010 eingehend besprochen. Die Szene habe sich inzwischen zum Rathaus verlagert. Derartige Szenetreffe lassen sich leider nicht ausschließen. Zur Notdurftverrichtung verweist er auf modellhafte Einrichtungen in den Niederlanden.

Frau Bähler-Sarembe möchte den Antrag so verstanden wissen, dass lediglich das Gestrüpp beigeschnitten werden solle, die Bäume hingegen unangetastet bleiben.

Herr Thien regt an, die Mauer zu entfernen und für das gesamte Parkgelände eine einheitliche Gestaltung anzubieten. Es solle wieder möglich sein, gerne in diesem Park zu verweilen.

Laut Herrn Schade handelt es sich vorliegend um einen Kompromiss. Es sei hier nicht Intention, Grünflächen, die zur Kriminalität einladen, abzuschließen. Vielmehr solle das Gelände wieder einsehbar werden.

Nach Herrn Keimer solle es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass in den Wintermonaten öffentliches Grün geschnitten werde. Die seit geraumer Zeit stattfindende Debatte über Rückschnittmaßnahmen sei daher überflüssig. Er möchte das

Augenmerk vielmehr auf das zu überarbeitende Grünkonzept richten.

Herr Martmann findet das im Ausschuss vorherrschende Meinungsbild für eindeutig und für die Verwaltung nachvollziehbar. Zwischenzeitlich habe es dahingehend schon Abstimmungsgespräche zwischen den Abteilungen Stadtgrün und Verkehrsflächen gegeben. Als erste Maßnahme sei der Rückschnitt des Bewuchses zu nennen, der teilweise schon ausgeführt wurde, aber in den nächsten Wochen noch intensiviert werden soll. Des Weiteren solle die Ausleuchtung mittels beweglicher Leuchten noch im November verbessert werden. Danach könne festgestellt werden, ob die ergriffenen Maßnahmen für die im Antrag genannten Zwecke ausreichend seien. Zu bedenken sei darüber hinaus aber, dass bei der Mauer, die noch für 4 Jahre einer Zweckbindung unterliegt, geschaut werden müsse, was an gewährten Fördermitteln zurückgezahlt werden müsse. Auch stelle die Integration der Villa Zanders in den Konrad-Adenauer-Platz eine neue Maßnahme dar, die zunächst geplant, finanziert und umgesetzt werden müsse. Die Mauer, die zum Zeitpunkt ihrer Realisation in den neunziger Jahren der letzte Schrei gewesen sei, entspreche dem heutigen Zeitgeist nicht mehr. Es bleibe abzuwarten, wie die Eingriffe wirken.

Da dem Antrag insoweit schon teilweise Rechnung getragen wurde und werde, schlägt Herr Buchen vor, die Punkte des Antrages in getrennter Abstimmung bereits jetzt zu beschließen.

Dem Beschlussvorschlag

- 1. das Gebüsch im Park der Villa Zanders merklich zurückzuschneiden und mittels eines überarbeiteten Grünkonzeptes den freien Blick auf das Gebäude wiederherzustellen**

wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD FDP, mitterechts und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei 3 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich gefolgt.

Dem Beschlussvorschlag

- 2. eine Prüfung, ob die Mauer um den Park noch an Fördergelder gebunden ist und möglicherweise durch eine offenere Konzeption ersetzt werden kann, welche auch die Sichtbeziehungen zwischen dem historischen Rathaus, der Laurentiuskirche und der Villa Zanders wieder deutlicher in den Fokus rückt**

wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD FDP, mitterechts und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei 3 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ebenfalls mehrheitlich gefolgt.

Dem Beschlussvorschlag

- 3. die Erstellung eines neuen Beleuchtungskonzepts, welches das Gebäude selbst hervorhebt, aber auch das Umfeld transparenter erscheinen lässt und besser ausleuchtet. Dies würde eine zusätzliche Verbesserung schaffen und die Fläche übersichtlicher gestalten**

wird einstimmig gefolgt.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Komenda weist seit geraumer Zeit darauf hin, dass an den Stellen der Straßenbahnhaltestelle „Im Hoppenkamp“ sowie der Bushaltestelle „Friedrich-Offermann-Straße“ entweder größere oder ein zweiter Mülleimer angebracht werden sollten. Der jetzt drum herumliegende Müll biete ein äußerst klägliches Bild.

Herr Dr. Adler hat erstens eine Frage zur Optimierung von Knotenpunkten (*der genaue Text ist als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügt*). Seine zweite Frage bezieht sich auf Geschwindigkeitsanzeigetafeln (*ist als Anlage 3 ebenfalls dieser Niederschrift beigefügt*). Die Beantwortung zur ersten Frage kann der Anlage 5 entnommen werden.

Herr Krell teilt mit, dass in der Öffentlichkeit erneut die 4. Klärstufe der Kläranlage hinsichtlich der Entfernung von pharmakologischen Rückständen sowie Pflanzenschutzmitteln diskutiert werde. Der Bundesverband der Wasserwirtschaft fordere schon eine Abgabe von Pharmaindustrie und Hersteller von Pflanzenschutzmitteln. Ihn interessiere eine kurze allgemeine Bewertung dieser Diskussion aus Sicht der Verwaltung, insbesondere welche Investitionen möglicherweise auf den Abwasserbetrieb zukommen könnten (*Antwortmail liegt dieser Niederschrift als Anlage 9 bei*).

Herr Schundau fragt nach einer vom Rheinisch-Bergischen-Kreis vorgesehenen Veranstaltung am 05.12.2018 zum Thema Radpendlerrouen im Rechtsrheinischen. Er möchte wissen, ob an dieser Veranstaltung auch Vertreter der Verwaltung teilnehmen werden und ob ein weiterer Kreis eingeladen werde. Des Weiteren macht er auf Bürgerwünsche aufmerksam, eine zusätzliche Haltestelle in der Hauptstraße im Bereich des alten Arbeitsamtes einzurichten. Durch den bevorstehenden Bau von Wohnungen dürfte der Bedarf an einer Haltestelle dort steigen. Er fragt daher, ob an dieser Stelle die Einrichtung vom Platzangebot her möglich sei.

Herr Flügge geht davon aus, dass die Stadt bei der o. g. Veranstaltung vertreten sein wird. Auf jeden Fall werde ein Input der Stadt eingebracht. Die Beantwortung der zweiten Frage erfolgt schriftlich.

Herr Zalfen teilt mit, dass Herr Schmitz von der Stadtverkehrsgesellschaft im Augenblick in Absprache mit den Verkehrsbetrieben in der Prüfung sei, wo eine Haltestelle eingerichtet werden könne. Im Augenblick bilden noch Parkplätze und einige Container Hemmnisse.

Herr Schade fragt nach diversen Wendehämmern im östlichen Bereich der DEWOG-Siedlung in Moitzfeld (Birkerhöhe). Von Anfang an werde dort geparkt. Inzwischen seien dort ca. 40 Park- und Halteverbotsschilder angebracht worden, weil größere Fahrzeuge wie Feuerwehr- und Müllfahrzeuge nicht wenden können. Er bittet um eine weitergehende Erklärung für die Verbotsschilderung, weil die Anordnung bei den Anliegern auf Unverständnis stoße.

Herr Hardt teilt mit, dass der Grund für die Beschilderung tatsächlich einige Testfahrten der Feuerwehr war. Auf einer Vielzahl von Privatgrundstücken stünden zwar potenzielle Parkflächen und Garagen zur Verfügung, die aber überwiegend anderweitig genutzt werden. Man stehe aber im Dialog mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb und der Feuerwehr, möglicherweise durch für ihre Zwecke unschädliche Markierungen in einem Teil der Wendehämmer Parkstände anzubieten.

Herr Henkel fragt nach dem Sachstand zur Stationsstraße. Es habe eine erneute Verkehrszählung stattgefunden. Über die Ergebnisse und Folgemaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, deren Präsentation im Ausschuss zugesichert wurde, bittet er um eine schriftliche Beantwortung. Einen diesbezüglichen Antrag mit

eigenen Vorschlägen zu stellen, behält er sich vor.

Frau Gerhardus weist darauf hin, dass die Uhr auf dem großen Platz an der Dolmanstraße (Kahnweiher) zugewachsen und damit nicht mehr lesbar sei. Des Weiteren fragt sie nach der Wendemöglichkeit auf dem Elternstellplatz vor dem OHG. Auf dem Wendeplatz würde ständig geparkt, weil die Verbotsschilderung ebenfalls zugewachsen sei. Sie bitte entweder um Freischneidung oder aber um geeignete bauliche Maßnahmen.

Frau Bähler-Sarembe fragt nach dem Austausch der Beleuchtung in der Giselbertstraße, der längst überfällig sei.

Herr Hardt entgegnet, dass mit der Belkaw als Auftragnehmer seit ca. einem Jahr entsprechender beharrlicher Kontakt bestehe. Zuletzt war von dort versprochen worden, dass dies noch im Oktober 2018 geschehen werde. Man befinde sich damit also schon im Verzug. Vertraglich könne direkt kein Einfluss seitens der Stadt genommen werden, da die Frist zur Umsetzung der Erneuerung für das gesamte Stadtgebiet 3 Jahre beträgt. Die Belkaw dürfe also im Prinzip Straßenzüge zurückstellen. Durch die Aufnahme dieser entsprechenden Passage in dieser Niederschrift und Bekanntgabe an die Belkaw hoffe er nunmehr auf zeitnahe Umsetzung.

Herr Buchen schließt den öffentlichen Teil um 19:49 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Schriftführung

